



Suchergebnisse: Elemente

4 – Der Beginn der Alchemie I

Athen * Nach den Lehren des Aristoteles [+ 322 v.u.Z.] besteht jeder Stoff aus den vier Elementen Erde, Wasser, Luft und Feuer. Durch eine Änderung der Anteile der Elemente in einem Stoff wollte man diesen umwandeln - und so beispielsweise Blei zu Gold machen.

19. Juni 1690 – Bischof Joseph Clemens ergreift Besitz von Freising

Freising * In einer fünfteiligen Zeremonie ergreift Bischof Joseph Clemens Besitz von seiner Bischofskirche und der Bischöflichen Residenz. War der am Tag zuvor vollzogene Einzug nach Freising eine Darstellung des Freisinger Hofstaates und des Militärs, so gestaltet sich die Übernahme des Freisinger Dombezirks als eine Prozession des Hofstaates und der Geistlichkeit.

Den Abschluss der Feierlichkeiten bildet ein großes Freyschiessen, an dem sich zweihundertsechzig Schützen und Schützenkompanien in vier Durchgängen beteiligen. Acht Tage dauert das Schützenfest. Bei den Umzügen stehen römische Gottheiten und die vier Elemente im Mittelpunkt. Fürstbischof Joseph Clemens tritt darin in der Rolle des „Capo der Sonnenquadrille“ auf.

19. Mai 1727 – Kaisertochter Marie Amalie legt den Grundstein zur Anna-Kirche

München-Lehel * Die österreichische Kaisertochter Marie Amalie, die Schwiegertochter des inzwischen verstorbenen Kurfürsten Max Emanuel, legt den Grundstein für das Kloster im Lehel. Die Anna-Kirche wird zur Dankvotivkirche für den am 28. März 1727 geborenen Kurprinzen Max Joseph. Dadurch erfreut sich der Kirchbau besonderer Fürsorge des kurfürstlichen Hofes, was zur Folge hat, dass die besten und angesehensten Künstler engagiert werden und zusammenwirken können. Es entsteht einer der kostbarsten Sakralräume Münchens und die erste Rokokokirche von München und Baiern. An diesem verhältnismäßig kleinen Bau erfindet der 35-jährige Architekt Johann Michael Fischer eine ganz neue Lösung. Er benutzt keine der bisher gültigen Elemente: keine Wandsäulen, kein durchgehendes Gebälk, keine Halbkugelkuppel, keine ebenen Begrenzungen und keinen rechten Winkel, keinen stabilisierten Grundriss und Aufriss. Fischers Konzeption zielt auf eine geschmeidige Innenverbindung von



Längs- und Zentralräumlichkeit. Es ist Fischers dritter Kirchenbau von den 32 Kirchen und Klöstern seines Lebenswerkes. Den Kirchenbau selbst führte der Maurermeister Philipp Zwerger aus. Den größten Teil der Innenausstattung besorgen die nicht weniger bedeutenden Gebrüder Asam. Egid Quirin Asam schafft die sämtlichen Altaraufbauten, Plastiken und Stuckaturen; Cosmas Damian Asam malt die Fresken und die Altarblätter. Für die Asambrüder ist es die zweite Kirchenarbeit in München. Das Herzstück des Hochaltars, den Tabernakelbau mit den beiden Engeln, und die Kanzel stammen von dem jungen Johann Baptist Straub.

18. Mai 1848 – Das Frankfurter Paulskirchenparlament tritt erstmals zusammen

Frankfurt am Main * Die 585 gewählten Abgeordneten treten erstmals in der Frankfurter Paulskirche zusammen und nehmen - nach einem triumphalen Einzug - auf den Kirchenbänken Platz. Es ist ein Akademiker-Parlament, dem alleine fünfzig Professoren angehören. Drei Viertel aller Abgeordneten haben eine akademische Ausbildung. Nach einem eher chaotischen Start entwickelt die Nationalversammlung in der Folge kontinuierlich alle Elemente eines funktionierenden parlamentarischen Verfahrens. Die erste deutsche Nationalversammlung tagt vom 18. Mai 1848 bis zum 30. Mai 1849 an insgesamt 230 Sitzungstagen. An jedem Sitzungstag versammeln sich um 9 Uhr zwischen 400 und 450 Abgeordnete, die für einen nationalen Staat und für eine freiheitliche Verfassung streiten.

4. Juni 1848 – Die ständischen Privilegien des Adels werden endgültig gebrochen

München-Kreuzviertel * Mit einem weiteren Reformgesetz werden auch die letzten Elemente der feudalen Grundherrschaft im Königreich Bayern beseitigt. Im I. Abschnitt des Gesetzes über die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixierung und Ablösung von Grundlasten hebt König Max II. die standes- und gutsherrliche Gerichtsbarkeit auf. Das Gesetz entzieht den Gutsherren die Gerichtsbarkeit und die Polizeigewalt ohne Entschädigung und überträgt diese Befugnisse auf den Staat. Damit sind die letzten Reste des feudalen Staatsaufbaus abgeschafft worden. Dem Aufbau einer modernen einheitlichen Justizverwaltung steht nun nichts mehr im Weg.

1. Oktober 1849 – Der Centralbahnhof kann der Öffentlichkeit übergeben werden

München-Ludwigsvorstadt * Nach einer Bauzeit von 26 Monaten kann Friedrich Bürkleins Centralbahnhof der Öffentlichkeit übergeben werden. Der Architekt Friedrich Bürklein hat ein



Zweckgebäude im sogenannten Rundbogenstil konzipiert, das Elemente der Romanik und der italienischen Renaissance verbindet. Das der Stadt zugewandte Empfangsgebäude erinnert mit seiner Fensterrosette und der vorgelagerten Arkadenhalle fast an die Bonifazkirche. Die den Mittelbau flankierenden, zweigeschossigen Seitenbauten dienen dem Billettverkauf, der Post und als Wohnungen für Beamte. Die Einsteighalle gilt als erstes großes Bauwerk der technisch-industriellen Ära in München, deren Kühnheit und Originalität weithin gerühmt wird. Halbrundförmig, rund 110 Meter lang, 29 Meter breit und bis zu 20 Meter hoch, überspannte sie fünf Gleise. Doch es ist noch eine hölzerne Konstruktion, die kurz vor der dann aus Eisen erbauten Schrannehalle ausgeführt worden ist. Eine Fußbodenheizung erwärmt die Warte- und Restaurationsräume auf 17,5 bis 20 Grad Celsius.

9. November 1849 – Das bayerische Nationalgefühl des Volkes heben und kräftigen

München * König Max II. beauftragt seinen Innenminister Theodor von Zwehl ein „Gutachten patriotisch gesinnter Männer aus sämtlichen Kreisen des Königreichs und aus den verschiedenen Ständen“ einzuholen und „nichts zu unterlassen, was das Nationalgefühl des Bayern - für Bayern - zu heben und zu festigen vermag“. Mit diesem Programm will er die Monarchie in Bayern sichern. Ihm ist klar, dass fast die Hälfte seines Staatsgebiets und seiner Bevölkerung nicht das Geringste mit Bayern zu tun hatte. Die revolutionären Ereignisse haben gezeigt, dass besonders von Franken, das keinerlei geschichtlichen Bezug zu Bayern hatte, der stärkste Widerstand gegen die Monarchie ausging. Durch die Förderung von Tracht, Brauchtum und Geschichte, durch Geschichtszyklen und dynastische Feste, durch Denkmäler, Nationalhymne und den Ausgleich der Religionen sowie durch gezielte Unterstützung aller konservativen, monarchiefreundlichen Institutionen und Vereinigungen, soll die gesamtbayerische Identitätsstiftung gesteuert werden. All diese Maßnahmen schlagen sich nicht zuletzt auch in Fragen der Architektur nieder. Denn zum Ziel zur Förderung einer bayerisch-monarchischen Gesinnung zählen auch die Bemühungen des Bayernregenten um einen neuen Baustil, bei dem programmatisch gotische und bäuerliche Architekturformen, also letztlich deutsche und bayerische Elemente verschmolzen werden sollen. Darüber hinaus verfolgt Max II. mit einem neuen, in Bayern erfundenen Baustil außenpolitische Ziele. Er will damit für Bayern eine Vorrangstellung unter den deutschen Mittelstaaten erreichen und so das Land als dritte Kraft zwischen Preußen und Österreich etablieren und zumindest in der Architektur und im Städtebau eine führende Rolle einnehmen. Daneben hätte er mit der Erfindung eines neuen Baustils auch seinen Vater, den dominierenden Kunstkönig, in dessen ureigenstem Gebiet übertroffen.



November 1850 – Ein neuer Baustil soll erfunden werden

München * Um zu einem neuen Baustil zu gelangen, veranlasst König Max II. eine öffentliche Ausschreibung für das Athenäum-Projekt. Die Kgl. Akademie der Bildenden Künste, verschickt dazu eine „Einladung zu einer Preisbewerbung die Anfertigung eines Bauplanes zu einer höheren Bildungs- und Unterrichtsanstalt betreffend“ an insgesamt einhundert Architekten in Deutschland, deren Beteiligung man gerne gesehen hätte. Zudem wird die Konkurrenz in Tageszeitungen und Fachzeitschriften angekündigt. Das Wettbewerbsprogramm und die nachgereichten Erläuternden Bemerkungen stellen die Bewerber jedoch vor eine komplexe Aufgabe. So soll durch die Verschmelzung der Elemente und Eigentümlichkeiten der Stilgattungen aller Epochen - unter Berücksichtigung der altdeutschen gotischen Baukunst ein bis dahin noch nicht dagewesener Baustil im Sinne eines bayerischen Nationalstils geschaffen werden. Der Wunsch nach Verwendung des „Formenprinzips der altdeutschen, sogenannten gotischen Architektur“ lassen aber den Architekturwettbewerb letztlich scheitern.

25. März 1892 – Einweihung der Ohel-Jakob-Synagoge

München-Graggenau * Die Ohel-Jakob-Synagoge in der Kanalstraße 23, später Herzog-Rudolf-Straße 3, wird feierlich eingeweiht. Der Name „Ohel Jakob“ bedeutet „Zelt Jakobs“ und verweist auf das biblische Bild des Zeltes als Ort der Gegenwart Gottes. Errichtet wird die Synagoge vom Verein Ohel Jakob, der die orthodoxen Juden Münchens vertritt und den Bau vollständig durch Spenden finanziert. Das von August Exter entworfene Gotteshaus bietet Platz für rund 150 Gläubige und verfügt über eine Frauenempore. Mit einer Höhe von etwa 19 Metern und seiner vergleichsweise schlichten Dimension wirkt der Bau eher wie eine kleine Pfarrkirche als wie die monumentale Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße. Dennoch entwickelt sich die Synagoge rasch zum religiösen Zentrum der orthodoxen jüdischen Gemeinde Münchens. Architektonisch verbindet das Gebäude verschiedene historische Stilrichtungen. Die Straßenfassade orientiert sich an romanischen Kirchenbauten und wird durch frühgotische Elemente ergänzt. Besonders prägend sind das große Rundfenster mit Davidsstern sowie die zentrale Kuppel, die von byzantinischen Vorbildern inspiriert ist. Auch im Inneren spiegelt die Architektur die religiösen Funktionen wider: Über dem Thoraschrein erhebt sich ein neugotisches Rippengewölbe, während die zentrale Kuppel den Blick auf den Almemor, das Lesepult für die Torahlesung, lenkt. Die Errichtung der Synagoge kostet rund 250.000 Mark. Zum Ensemble gehört außerdem eine Israelitische Volksschule in den benachbarten Gebäuden. Sie besitzt den Status einer öffentlichen Konfessionsschule.



29. November 1896 – Die evangelische Lukaskirche wird eingeweiht

München-Lehel * Die evangelische Lukaskirche wird eingeweiht. Ihr Baustil ist historisierend mit eindeutig herausragenden Jugendstilelementen. Das Evangelische Gemeindeblatt stellt mit Genugtuung fest, dass die „Kirchengemeinde die Kosten des großen Werkes, ohne Lotterie, Kollekte oder dergleichen, auf ihre eigenen Schultern genommen“ hat. Die Lukaskirche wird oftmals als der Dom der evangelischen Mitbürger in München bezeichnet. Sie wird heute vom tosenden Verkehr und Lärm der Steinsdorfer Straße eingezwängt.

14. März 1901 – Neue Gestaltungsprinzipien für Münchens Brücken

München-Au - München-Isarvorstadt * Die Durchführung eines Wettbewerbs für die neu zu errichtende Corneliusbrücke und die durch einen Neubau zu ersetzende Reichenbachbrücke wird vom Magistrat beschlossen. Verlangt werden konstruktive Vorschläge und ein Preisangebot. Ausdrücklich wird betont, dass bei der architektonischen Ausstattung der Brückenbauwerke größte Zurückhaltung zu üben ist. Auf die bis dahin so beliebten schmückenden Elemente wie Türme, Tore, Pylone und Obelisk muss verzichtet werden. Betont werden soll die Funktion und Konstruktion der Brücken. Schmuckelemente finden sich aber im Brückengeländer.

1903 – Friedrich Wilhelm von Bissing erwirbt das Gebäude an der Georgenstraße 10

München-Schwabing * Der Privatgelehrte Friedrich Wilhelm von Bissing erwirbt das Gebäude an der Georgenstraße 10 und lässt es nach seinen Vorstellungen umbauen. Es entsteht eine schöne Verbindung des Münchner Jugendstils mit traditionellen Elementen Altmünchner Bürgerhäuser.

16. Oktober 1904 – Georg Lang wird in Nürnberg beigesetzt

München-Giesing - Nürnberg * Nach einer Aufbahrung auf dem Münchner Ostfriedhof wird Georg Lang seinem Wunsch entsprechend auf dem Johannisfriedhof in Nürnberg beigesetzt. In München und Nürnberg nimmt eine große Zahl von Menschen Abschied vom weithin bekannten „Krokodilwirt“. Lang hinterlässt ein bleibendes Vermächtnis: Mit seiner „1. Bayerischen Riesenhalle“, einer fest engagierten Blaskapelle, gemeinschaftlich gesungenen Stimmungsliedern und einer modernen Werbestrategie prägt er das Erscheinungsbild des Oktoberfests nachhaltig. Viele Elemente seines Konzepts gehören bis heute zur Bierzelkultur.



22. März 1918 – Streikleitungen als Schädlinge

München * Kriegsminister Philipp von Hellingrath äußert sich zu den Führern der Januarstreiks:

„Das arbeitsscheue und verbrecherische Gesindel, das besonders die Großstädte als Schlupfwinkel für sein lichtscheues Treiben wählt, bildet in Zeiten politischer Hochspannung oder wirtschaftlichen Kämpfe eine gesteigerte Gefahr für die Sicherheit des Reiches, denn diese Elemente beteiligen sich erfahrungsgemäß in erster Linie an Unruhen und aufrührerischen Umtrieben. Die Säuberung der Großstädte und Industriebezirke von derartigen ordnungsfeindlichen Elementen gewinnt daher für die Bekämpfung künftiger Unruhen besondere Bedeutung“. Von hier aus ist es nicht mehr weit zur unseligen Rhetorik der „Schädlingsbekämpfung“.

25. März 1918 – Immer weniger Beteiligung am USPD-Stammtisch

München-Ludwigsvorstadt * Nur mehr 30 Personen besuchen den USPD-Diskussions-Stammtisch im Wirtshaus Zum Goldenen Anker. Theobald Michler erklärt: „Der Krieg ist nicht vom Volke, denn das Volk will den Frieden. Der Großkapitalismus aller Völker hat den Krieg heraufbeschworen und dieser wird von einigen unverantwortlichen Elementen, wie Ludendorff und Hindenburg, geführt“. Wenig später wird Michler festgenommen und bleibt bis Oktober in Untersuchungshaft.

19. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. könnte nie fahnenflüchtig werden

Berlin * Bei einer Unterredung zwischen Reichskanzler Max von Baden und Kaiser Wilhelm II. äußert dieser, „dass er nie daran denken könne, fahnenflüchtig zu werden. Er wisse auch, dass wenn für ihn als Kaiser und König von Preußen Gefahr drohe, sein Volk und seine Armee sich um ihn scharen würden“. Der mit anwesende bayerische Gesandte am Kaiserhof, Hugo Graf von Lerchenfeld, bringt den Mut auf und weist den König darauf hin, „dass es noch andere Elemente im Reich“ gibt.

6. November 1918 – Erhard Auer spricht zum Thema: Was wollen wir Sozialdemokraten?

München-Au * Im Franziskanerkeller spricht der SPD-Reichstagskandidat Erhard Auer zum Thema „Was wollen wir Sozialdemokraten“ und fordert die Abdankung des Kaisers und des deutschen Kronprinzen, die Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen



Verwaltung, die Änderung des Mannschaftsbeschwerdegesetzes, eine Arbeitslosenversicherung und den Achtstundentag. Die Anwendung von Gewalt lehnt er ab.

6. November 1918 – Kriegsminister Hellingrath und Erhard Auer beruhigen die Minister

München-Kreuzviertel * Am Nachmittag trifft sich das ausscheidende Kabinett mit dem neuen Reform-Kabinett unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Otto von Dandl. Das eine Kabinett ist nicht mehr handlungsfähig, das andere wird seine Aufgabe erst am 8. November übernehmen. Sorgenvoll blicken sie auf die Massenkundgebung von USPD und MSPD auf der Theresienwiese am nächsten Tag. Man überlegt sogar, Kurt Eisner vorsorglich verhaften zu lassen. Kriegsminister Philipp von Hellingrath erklärt: „Es gibt unruhige und unzuverlässige Elemente auch in der bayerischen Armee, aber, meine Herren, Sie können ganz beruhigt sein. Die Armee als Ganzes ist noch fest in unserer Hand. Es wird nichts passieren.“ Der Vorsitzende der bayerischen Mehrheitssozialdemokraten, Erhard Auer, erklärt: „Reden Sie doch nicht immer von Eisner. Eisner ist erledigt. Sie dürfen sich darauf verlassen. Wir haben unsere Leute in der Hand. Ich gehe selbst mit im Zug. Es geschieht gar nichts.“ Dennoch trifft die Regierung Vorkehrungen für den Fall von Gewaltanwendung. Die stationierten Truppen werden in Alarmbereitschaft versetzt und mit Gewehren und Tränengas bewaffnet.

7. November 1918 – Gemeinsame Forderungen von SPD und USPD formuliert

München * Am Vormittag treffen sich die Veranstalter der Kundgebung, USPD und SPD, im Gewerkschaftshaus zur Abstimmung des Ablaufs der Massendemonstration. Sie einigen sich auf einen gemeinsamen, acht Punkte umfassenden Forderungskatalog. Er beinhaltet: Den sofortigen Abgang des Kaisers und den Verzicht seines Thronfolgers. Die Verteidigung des deutschen Heeres auf die Verfassung. Die Beseitigung aller Verfassungsbestimmungen, die der Freiheit des gesamten deutschen Volkes entgegenstehen und den Ausbau Deutschlands zu einem demokratischen Staatswesen hemmen. Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung und völlige Demokratisierung der Verwaltungsorganisation. Annahme der Waffenstillstandsbedingungen; grundsätzliche Ablehnung des von den Alldeutschen propagierten Gedankens der nationalen Verteidigung. Sofortige Ergreifung aller Maßregeln, welche die Ordnung, Sicherheit und Ruhe bei Abrüstung und Heimbeförderung der Truppen verbürgen. Schaffung wirksamster Garantien für das Beschwerderecht der Soldaten. Umfassende soziale Fürsorgemaßnahmen für die Notleidenden; Arbeitslosenversicherung; achtstündiger Arbeitstag. Bei der Besprechung hat Kurt Eisner „darauf aufmerksam gemacht, dass die Massen doch vielleicht etwas anderes wollen als eine Art feierlichen Spaziergangs“.



19. November 1918 – Maßnahmen zur Belebung des revolutionären Geistes

Berlin - München * Der bayerische Gesandte in Berlin, Friedrich Muckle, berichtet an den bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner von einem Gespräch mit dem Publizisten und Journalisten Maximilian Harden über die Belebung des revolutionären Geistes. Sie fordern die Säuberung der Reichsregierung von allen unfähigen Elementen, die sofortige Veröffentlichung der Geheimakten, die Verhaftung der Schuldigen und die Einführung eines Staatsgerichtshofs zu deren Aburteilung. Wenn die Berliner Reichsregierung auf diese Forderungen nicht eingeht, so sollte der „Abfall des Südens“ zumindest angedroht werden. Denn: „Preußen hat uns in das Unglück des Krieges gestürzt, es soll uns nicht noch tiefer in den Abgrund, aus dem wir herauszuarbeiten suchen, hinab drücken.“

26. November 1918 – Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernräte

München - Freistaat Bayern * Der Ministerrat beschließt - in Abwesenheit von Kurt Eisner - nach Abstimmung mit den Vollzugsausschüssen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte die Vorläufigen Richtlinien für die Arbeiter- und Bauernräte. Die Richtlinien stellen einen Kompromiss der gegensätzlichen Vorstellungen des bayerischen Ministerpräsidenten vom 20. November und seines Innenministers Erhard Auer vom 18. November dar. Das bedeutet jedoch, dass wesentliche Elemente aus beiden Entwürfen ebenso unberücksichtigt bleiben müssen, wie der Entwurf des Revolutionären Arbeiterrats vom 19. November 1918. Die Räte erhalten zwar die von Eisner vorgeschlagene Stellung im Staat, doch werden sie nur mit den Kompetenzen ausgestattet, die ihnen Auer zugestehen will. Die Räte bilden demnach „bis zur endgültigen Regelung durch die Nationalversammlung die revolutionäre Grundlage des neuen Regierungssystems“, dennoch bleibt ihnen im Verhältnis zu den Behörden nur das Recht auf Auskunft und Gehör. Ein Kontrollrecht wird ihnen ebenso wenig zugestanden wie die Vollzugsgewalt. Damit haben sich Innenminister Erhard Auer und die Mehrheitssozialdemokraten mit ihren Vorstellungen im Wesentlichen durchgesetzt. Die Richtlinie für die Bauernräte bleibt die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Bauernräte, bis der Landtag am 21. Mai 1920 das Gesetz über die Aufhebung der Arbeiterräte beschließt.

6. Dezember 1918 – Die antisemitischen Tendenzen des Bayerischen Kuriers

München * Der Bayerische Kurier, das Organ der Bayerischen Volkspartei - BVP, zeigt ganz eindeutig antisemitische Tendenzen: „Für die BVP spielt auch die Rassenzugehörigkeit keine Rolle. [Ihre Mitglieder] achten und ehren jeden ehrlichen Juden. [...] Was aber bekämpft werden



muss, das sind die zahlreichen atheistischen Elemente eines gewissen internationalen Judentums mit vorwiegend russischer Färbung“. Die politischen Parolen der Bayerischen Volkspartei lauten: „Los von Berlin!“ und „Bayern den Bayern!“. Die letzte Aussage richtet sich nicht gegen Preußen, sondern vor allem gegen die Juden, die in der Regierung Eisner zahlreich vertreten sind.

7. Dezember 1918 – Der Blutige Freitag im Spannungsfeld der Propagandisten

Berlin * Für die bürgerlichen Parteien sind die Schuldigen an den Vorgängen vom Vortag schnell gefunden: „Die blutigen Krawalle sind anscheinend durch Pläne und Unternehmungen der Spartacus-Leute und der mit ihnen verbündeten Elemente verursacht worden, deren Ziel der Sturz der Regierung Ebert-Haase war.“ Für die Linken erklärt Karl Liebknecht: „Es ist gar nicht mehr zu leugnen, dass der Putsch des gestrigen Tages von der Regierung inszeniert worden ist, denn es muss doch dem Harmlosesten auffallen, dass die Ereignisse des blutigen Freitags alle miteinander in Zusammenhang stehen.“ Es lässt sich weder ein Spartakusputsch noch eine Beteiligung oder Mitwisserschaft der MSPD-Spitze an einem Putschversuch nachweisen. Doch die Faktenlage stört in dieser aufgeheizten Stimmung die Propagandisten weder von Rechts noch von Links.

12. April 1919 – Die BVP wehrt sich gegen land- und rassefremde Elemente

München * In einem von der Bayerischen Volkspartei - BVP veröffentlichten Aufruf lehnt sie „jede Vergewaltigung des Volksganzen durch eine terroristische, von land- und rassefremden Elementen geführte Minderheit entschieden ab und verlangt, [dass] endlich die Verhetzung weiter Kreise durch ausländische politisierende Juden ein Ende hat“.

14. April 1919 – Die Regierung Hoffmann arbeitet mit Rechtsextremisten zusammen

Bamberg * Die Regierung Hoffmann setzt auf das neu eingerichtete Propagandaministerium und die Zusammenarbeit mit bekennenden Rechtsextremisten. Im Regierungsorgan Freistaat werden die Räteanhänger auf die übelste diffamiert und als „ausländische Juden“, „land- und rassenfremde Elemente“ sowie als „Terroristen“ diffamiert. Ernst Toller gibt daraufhin im Auftrag des Zentralrats ein Flugblatt an die Bürger der Räterepublik heraus. In diesem macht er auf die antisemitischen Hintergründe aufmerksam und fordert die Bevölkerung zum Widerstand dagegen auf.



14. April 1919 – Die Regierung Hoffmann organisiert den Einsatz von Freiwilligen

Bamberg * Die in Bamberg sitzende bayerische Regierung Hoffmann organisiert mit Flugblättern den Einsatz von Freiwilligen. Um 17:30 Uhr wird das nachstehende Flugblatt über München abgeworfen: „In München rast der russische Terror, entfesselt von landfremden Elementen. Diese Schmach darf keinen Tag, keine Stunde weiter bestehen. [...] Ihr Männer der bayerischen Berge, des bayerischen Hochlandes, des bayerischen Waldes, erhebt Euch wie ein Mann. [...].
 Ein grüner Buschen am Hute und die weißblaue Binde am Arm ist Euer Erkennungszeichen. Die Bahn befördert Euch zu den Sammelpunkten. [...]. Die Münchner Schmach muss verschwinden. Das ist bayerische Ehrenpflicht.“

1. Mai 1919 – Die Betriebs- und Soldatenräte fordern zur waffenlosen Demonstration auf

München * In einem anderen Pakataufruf der Betriebs- und Soldatenräte Münchens wird aufgefordert „waffenlos“ auf einer Maikundgebung auf der Theresienwiese zu demonstrieren. Die Räte „protestieren mit Entrüstung gegen die fluchwürdigen Verbrechen jener Elemente, welche durch ihr Handeln die heilige Sache des Proletariats im Kampf für die Menschlichkeit verraten haben“. Sie fordern auf: „Soldaten! Laßt Eure Waffen in den Kasernen! Arbeiter! Laßt Eure Waffen in den Betrieben! Kommt mit den Frauen und Kindern heraus auf alle großen Plätze und Wiesen! Ungebeugt wird das Proletariat an diesem Tage seine Räte und den Geist seiner Räterepublik hochhalten. Es lebe der Rätegedanke!“

14. Mai 1919 – Forderungen der bürgerlichen Parteien an die Regierung

München * Die bürgerlichen Parteien in München fordern von der Regierung: Die sofortige Wiederherstellung der gesetzmäßigen Zustände; die Wiederaufnahme eines geregelten Polizeibetriebes; die Entwaffnung der Roten Armee; die Aufstellung einer Volkswehr; durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung der demokratischen Verfassung; die Festnahme und Bestrafung der für die ungesetzlichen Zustände verantwortlichen Führer und die Ausweisung aller politisch nicht einwandfreien landfremden Elemente. Da die Abgabe der Waffen und Munition nur zögerlich vonstatten geht, werden Belohnungen ausgesetzt.

11. August 1919 – Die Verfassung der Weimarer Republik tritt in Kraft

Weimar * Die Verfassung der Weimarer Republik tritt in Kraft. Diese enthält stärkere



zentralistische Elemente und schränkt die Eigenständigkeit der alten Staaten ein. Die Preußische Gesandtschaft in der Prinzregentenstraße besteht weiter. Sie hat nun die Aufgabe den Kontakt zwischen den beiden Länderregierungen zu vermitteln und Probleme, die im Reichsrat zu verhandeln sind, vorher zu koordinieren und abzustimmen.

14. September 1919 – Der Antisemitismus von Hitlers Förderer

München * Der den Gefreiten Adolf Hitler stark unterstützende Hauptmann Karl Mayr äußert sich zu Hitlers stark ausgeprägten Antisemitismus so: „Ich bin mit dem Herrn Hitler durchaus der Anschauung, dass das, was man Regierungssozialdemokratie heißt, vollständig an der Kette der Judenheit liegt. [...] Alle schädlichen Elemente müssen wie Krankheitserreger ausgestoßen oder ‚verkapselt‘ werden. So auch die Juden.“

15. September 1919 – Die demokratische Bayerische Verfassung tritt in Kraft

Freistaat Bayern * Die Verfassung des Freistaats Bayern tritt mit ihrer Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Freistaats Bayern in Kraft. Sie bildet die Grundlage des bayerischen Staatslebens bis zum Jahr 1933. In Artikel 2 heißt es: Die Staatsgewalt geht von der Gesamtheit des Volkes aus. In Artikel 15 heißt es: Alle Bayern sind gleich. Der bayerische Adel ist aufgehoben. Die Idee der Räterepublik findet trotz der revolutionären Entstehungsgeschichte nur wenig Berücksichtigung. Lediglich die plebiszitären Elemente Volksbegehren und Volksentscheid werden aufgenommen. Der Landtag besitzt die uneingeschränkte Gesetzeshoheit einschließlich der Verfassungsgesetzgebung.

16. März 1920 – Der Antisemitismus wird gewalttätig

München * Der Antisemitismus wird gewalttätig. Der konservative Ministerpräsident Gustav von Kahr (BVP) kündigt in seiner ersten Regierungserklärung an, gegen die „Überfremdung durch Stammesfremde“ einzuschreiten und erklärt die „Reinhaltung des eigenen Volkes von fremden Elementen“ zum Gebot der Stunde. Er meint damit den besonders verhassten „Teil der jüdischen Rasse“, die Ostjuden. Münchens Polizeipräsident Ernst Pöhner hält es für nicht ausgeschlossen, wenn „wegen der unerträglichen Teuerung etwas unternommen, etwa einige Juden aufgehängt würden“. Gegen die gewalttätigen und gewaltbereiten Antisemiten unternimmt die Münchner Polizei allerdings nichts. Nun wird die Situation für die jüdischen Mitbürger unerträglich. Viele verlassen die Stadt.



16. März 1920 – Antisemitische Hetze und zunehmende Gewalt

München * Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs verschärft sich das politische Klima in München deutlich. Antisemitische Ressentiments treten zunehmend offen zutage und werden auch von führenden Vertretern des öffentlichen Lebens verbreitet. In seiner Regierungserklärung vom 16. März 1920 kündigt Ministerpräsident Gustav von Kahr Maßnahmen gegen die angebliche „Überfremdung durch Stammesfremde“ an und fordert die „Reinhaltung des eigenen Volkes von fremden Elementen“. Die Äußerungen richten sich insbesondere gegen die aus Osteuropa zugewanderten Juden, die verstärkt zum Ziel antisemitischer Hetze werden. Auch Münchens Polizeipräsident Ernst Pöhner fällt durch offen antisemitische Äußerungen auf und verharmlost Gewalt gegen Juden. Gleichzeitig gehen die Behörden nur unzureichend gegen antisemitische Übergriffe und gewaltbereite Gruppierungen vor. Für viele jüdische Münchnerinnen und Münchner verschlechtert sich die Lebenssituation erheblich. Angesichts der zunehmenden Anfeindungen und Bedrohungen verlassen zahlreiche jüdische Familien die Stadt.

5. Mai 1925 – Festumzug zur Museumsinsel

München-Isarvorstadt * Festlich geschmückt präsentiert sich die Stadt, als ein großer Umzug vom Alten Nationalmuseum durch die Münchner Innenstadt zur Museumsinsel zieht. Aufwendig gestaltete Festwagen stehen jeweils für eine technische Disziplin, ein Handwerk oder eines der vier Elemente und machen den Umzug zu einem viel beachteten Ereignis.

7. April 1933 – Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“

Berlin * Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ tritt in Kraft. Es ermächtigt die neuen Machthaber zur Entlassung oder Zwangspensionierung politisch „unzuverlässiger Elemente“ und von Beamten jüdischer Herkunft.

8. November 1938 – Gryspans Bluttat zum politisch motivierten Mordanschlag hochstilisiert

München * Die nationalsozialistische Propaganda stilisiert Herschel Gryspans Bluttat zum politisch motivierten Mordanschlag aus Hass an den Deutschen hoch. Die Münchner Neuesten Nachrichten schreiben: „Wenn die internationale Judenschaft glaubt, mit Meuchelmorden das Judenproblem in Deutschland lösen zu können, dann nimmt Deutschland diese Herausforderung an und wird nicht zögern, sie so zu beantworten, wie sie Elementen gegenüber notwendig ist, die



den Mord aus dem Hinterhalt als politische Waffe betrachten.“

1950 – Restaurierung und bauliche Veränderungen

München-Graggenau * Bei der Restaurierung des Schauspielhauses erfolgen wesentliche Eingriffe in die historische Bausubstanz. Im Zuge des Wiederaufbaus werden zahlreiche originale Gestaltungselemente verändert, vereinfacht oder entfernt. Die Maßnahmen orientieren sich weniger am ursprünglichen Jugendstilkonzept als an den funktionalen und ästhetischen Vorstellungen der Nachkriegszeit. Dadurch verliert das Gebäude einen Teil seines ursprünglichen Charakters, bleibt jedoch als bedeutende Spielstätte der Münchner Kammerspiele erhalten.

2. Februar 1955 – Wir sind die Cowboys von der Nockher-Ranch

München-Au * Der Cowboy Club München Süd bittet um Baugenehmigung für ein Behelfsclubheim. Auf dem der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Grundstück von Frau Ida Krone, „da dadurch das bisher durch Lausbubenstücke und von lichtscheuen Elementen heimgesuchte Gelände unter schärfere Kontrolle fällt und der Rasen und Baumbestand gepflegt wird. Korrektes und ruhiges Verhalten wird die Nachbarschaft nicht belästigen“. In einer Ranch will der Verein einen Clubraum, einen Museumsraum für die wertvolle Sammlung und einen Bibliotheksraum verwirklichen. Die Cirkus-Krone-Verwaltung genehmigt dem Cowboy-Club die Grundstücksnutzung für seine sportlichen und ideellen Zwecke, bis zum beabsichtigten Verkauf des Areals. Seither beherrschen Winnetou und Old Shatterhand den ehemaligen Schmederer-Garten. Eine alte Wehrmachtsbaracke wird mit Hilfe der Pschorrbrauerei und hoher Eigenleistung zur Ranch umgebaut. „Jeden Samstag und Sonntag sind 15 bis 20 Mann ganztägig da. Rund 2.000 Arbeitsstunden werden freiwillig und gern von den Clubmitgliedern geleistet.“ In der Ranch befindet sich der kostbarste Besitz des C.C.M.S., das Indianermuseum. In ihm ist alles Zubehör und Kleidung zu finden, die einen Indianer ausmachen. Köcher aus Büffelleder, Federhauben, Friedens-Pfeifen, Brautmokassins, mit perlenbestickten, bunten Schuhsohlen, sowie Kriegsbeilen, wie sie wirklich waren: schlicht und einfach. In einem eigenen lateinamerikanischen Glaskasten befindet sich ein Schrumpfkopf;

3. Februar 1955 – Bitte um ein Clubhaus auf dem Nockerberg



München-Au * Der „Cowboy Club München von 1913 e.V. - C.C.M“ bittet um Genehmigung zur Errichtung eines Clubheimes auf dem der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Grundstück von Frau Ida Krone auf dem Nockherberg, „da dadurch das bisher durch Lausbubenstücke und von lichtscheuen Elementen heimgesuchte Gelände unter schärfere Kontrolle fällt und der Rasen und Baumbestand gepflegt wird. Korrektes und ruhiges Verhalten wird die Nachbarschaft nicht belästigen“.

25. Juni 1962 – Rund 2.500 Protestierer versammeln sich an der Leopoldstraße

München-Schwabing * Montag. Rund 2.500 Protestierer versammeln sich an der Leopoldstraße. Mehrere hundert Jugendliche blockieren erneut den Verkehr auf dem Boulevard. Gegen 1 Uhr räumt die Polizei die Straße. Rund 200 Protestierer werden „eingekesselt“ und anschließend festgenommen, darunter auch der spätere RAF-Terrorist Andreas Baader. Damit enden die Schwabinger Krawalle. Laut Polizeibericht kommen an diesem Tag rund 360 Polizisten zum Einsatz. 35 Protestierer werden festgenommen, sieben nachträglich zur Anzeige gebracht. Darüber hinaus werden über 200 Anwesende zur Personalienfeststellung kurzfristig in Gewahrsam genommen. Dass die Stadtpolizei an allen Tagen keine Wasserwerfer einsetzt, liegt an der in der Leopoldstraße verkehrenden Straßenbahn. Man hätte nämlich aus Sicherheitsgründen die Strom führenden Oberleitungen außer Betrieb nehmen müssen. Außerdem befürchtet man angesichts der sommerlichen Temperaturen, dass ein Wasserwerfer zur weiteren „Erheiterung“ der Protestierenden beigetragen hätte. Fazit: Gegen 248 Personen werden Ermittlungen wegen der Beteiligung an den Schwabinger Krawallen aufgenommen. Darunter finden sich lediglich 13 Frauen. Fast drei Viertel der Verfahren werden eingestellt. 54 Angeklagte werden verurteilt; es gibt 13 Freisprüche. Das Durchschnittsalter der Verurteilten liegt bei 22 Jahren. Von den jungen Berufstätigen werden auffällig viele verurteilt. Während aus dem akademischen Nachwuchs nur jeder Zehnte eine Strafe erhält, ist es bei den Nichtakademikern nahezu jeder Zweite. Es werden sechs Gefängnisstrafen zwischen drei und dreizehn Monaten ausgesprochen, wovon fünf auf Nichtakademikern fallen. Die Geldstrafen liegen zwischen 40 und 1.000 DM. Die Jungakademiker kommen mit Geldbußen und Strafen auf Bewährung davon. Gegen Angehörige der Stadtpolizei werden 143 Verfahren eröffnet. Lediglich 14 Polizisten werden aber mit Anklagen konfrontiert. Vier Ordnungshüter werden rechtskräftig verurteilt. Darunter ist nur ein Stadtpolizist, der an den Einsätzen vor Ort beteiligt war. Die drei Anderen sind als Aufseher in der Polizeihaftanstalt tätig. Der Bezirksausschuss Schwabing-Freimann protestiert in einer Resolution gegen die Ausschreitungen, die das „Machwerk verantwortungsloser, ortsfremder Elemente“ gewesen sei und bedankt sich ausdrücklich bei der Münchner Polizei für das mutige



und tatkräftige Einschreiten.

1970 – Originalgetreue Wiederherstellung 1970/71

München-Gruggehaus * 1970/71 leitet der Architekt Reinhard Riemerschmid die Wiederherstellung des Münchner Schauspielhauses nach den ursprünglichen Plänen seines Onkels Richard Riemerschmid. Ziel der Maßnahme ist es, die bei früheren Umbauten und Restaurierungen verlorengegangenen Jugendstilelemente wieder sichtbar zu machen und den ursprünglichen Charakter des Hauses zurückzugewinnen. Da die Häuserfront der Maximilianstraße Teil einer von Friedrich Bürklein entworfenen architektonischen Gesamtanlage ist, erhält das Schauspielhaus keine eigene repräsentative Fassade. Der Zugang erfolgt vielmehr über die Hauseingänge Maximilianstraße 26 und 28, die direkt in die Kassenhalle und das untere Foyer führen. Die Wiederherstellung trägt wesentlich dazu bei, das Schauspielhaus als eines der bedeutendsten Jugendstiltheater Europas zu bewahren.

31. Oktober 1976 – Der Entsorgungsnachweis wird Pflicht

Bonn * Mit der vierten Novelle des Atomgesetzes werden die Betreiber von Kernkraftwerken verpflichtet, Vorsorge für die Entsorgung abgebrannter Brennelemente zu treffen. Sie müssen künftig nachweisen, wie die Brennelemente wiederaufgearbeitet oder anderweitig sicher entsorgt werden sollen.

28. September 1979 – Bund und Länder beschließen ein Entsorgungskonzept

Bonn * Bund und Länder verständigen sich mit dem „Beschluss zur Entsorgung der Kernkraftwerke“ auf ein integriertes Entsorgungskonzept. Die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente bleibt der bevorzugte Weg. Gleichzeitig soll die direkte Endlagerung als Alternative geprüft werden.

24. September 1984 – Die erste Teilerrichtungsgenehmigung wird erteilt

München-Bogenhausen * Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen erteilt die erste atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung für die WAA Wackersdorf. Sie erlaubt insbesondere die Rodung und Einzäunung des Geländes sowie



Arbeiten am Brennelement-Eingangslager. Dieses soll bis zu 1.500 Tonnen abgebrannter Brennelemente aufnehmen.

9. Oktober 1986 – 200.000 Unterschriften gegen Atomenergie und Wiederaufarbeitung

München * WAA-Gegner demonstrieren vor der Bayerischen Staatskanzlei und übergeben rund 200.000 Unterschriften gegen die Nutzung der Atomenergie und die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente. Die Aktion macht die breite gesellschaftliche Unterstützung des Widerstands sichtbar und erhöht unmittelbar vor der bayerischen Landtagswahl den politischen Druck auf die Staatsregierung.

4. März 1987 – Der Bau des Brennelement-Eingangslagers beginnt

Wackersdorf * Auf dem WAA-Gelände beginnt der Erdaushub für das Brennelement-Eingangslager. In dem besonders gesicherten Gebäude sollen später abgebrannte Brennelemente in ihren Transportbehältern zwischengelagert werden. Es gehört zu den wenigen Bauwerken des WAA-Projekts, die bis zum Baustopp weitgehend fertiggestellt werden, und nach dem Ende des Vorhabens erhalten bleiben.

Dezember 1988 – Wirtschaftliche Zweifel am WAA-Projekt wachsen

Bundesrepublik Deutschland * Innerhalb der Energiewirtschaft nehmen die Zweifel an Kosten, Zeitplan und Wirtschaftlichkeit der Wiederaufarbeitungsanlage zu. Verzögerte Genehmigungsverfahren, gerichtliche Entscheidungen, technische Änderungen und steigende Baukosten belasten das Projekt. Die ursprünglich vorgesehene Inbetriebnahme rückt in immer weitere Ferne und erscheint frühestens in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre realistisch. Gleichzeitig gewinnt die kostengünstigere Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente in bereits bestehenden Anlagen im französischen La Hague und im britischen Sellafield an Attraktivität. Damit gerät zunehmend auch die wirtschaftliche Grundlage einer eigenen deutschen Wiederaufarbeitungsanlage infrage.

11. April 1989 – VEBA setzt auf die französische Alternative

Düsseldorf - La Hague * VEBA, einer der wichtigsten Anteilseigner der DWK, bestätigt öffentlich



Gespräche über eine Zusammenarbeit mit dem französischen Nuklearkonzern Cogema. Vorgesehen ist eine Beteiligung an der Wiederaufarbeitungsanlage UP3 in La Hague. Cogema bietet an, deutsche Brennelemente dort ab 1999 aufzuarbeiten. Das französische Angebot erscheint den Energieversorgungsunternehmen deutlich günstiger und schneller verfügbar als die Fertigstellung der WAA Wackersdorf. Mit der französischen Alternative verliert das bayerische Bauprojekt seine wirtschaftliche Grundlage. Die Ankündigung gilt deshalb als entscheidender Schritt auf dem Weg zum endgültigen Baustopp.

16. April 1989 – Hoffnung auf das Ende der WAA

Wackersdorf * Rund 6.000 WAA-Gegner versammeln sich am Baugelände und feiern das sich abzeichnende Scheitern des Projekts. Anlass sind die bekannt gewordenen Pläne der Energiewirtschaft, abgebrannte deutsche Brennelemente künftig im französischen La Hague aufarbeiten zu lassen. Die Stimmung ist von Freude, aber auch von Vorsicht geprägt: Ein offizieller Baustopp ist noch nicht beschlossen, und die Arbeiten auf dem Gelände gehen zunächst weiter. Die Kundgebung zeigt dennoch, dass selbst viele langjährige Beteiligte das Ende der WAA nun für wahrscheinlich halten.

18. April 1989 – Streibl rückt erstmals von der WAA ab

München-Haidhausen * Ministerpräsident Max Streibl lässt in einer Regierungserklärung vor dem Bayerischen Landtag erstmals ein deutliches Abrücken vom Bau der Wiederaufarbeitungsanlage erkennen. Er erklärt, er sei nie ein „heißer Verfechter der Kernenergie“ gewesen und werde für die WAA „gewiss nicht kämpfen“. Eine ausdrückliche Beendigung des Projekts verkündet Streibl an diesem Tag noch nicht. Seine Äußerungen markieren jedoch den politischen Kurswechsel der Staatsregierung: Bayern hält nicht länger bedingungslos an Wackersdorf fest und zeigt sich für die Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente im Ausland offen.

Mai 1989 – Energiewirtschaft gibt Wackersdorf auf

Bundesrepublik Deutschland * Die an der DWK beteiligten Energieversorgungsunternehmen entscheiden sich, die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf nicht weiterzuverfolgen. Ausschlaggebend ist ein Zusammenwirken wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Faktoren: Die geschätzten Baukosten steigen auf rund zehn Milliarden DM, die Genehmigungs- und Gerichtsverfahren verzögern das Projekt, und eine Inbetriebnahme erscheint frühestens 1998



möglich. Hinzu kommen der anhaltende Widerstand in der Bevölkerung und die politische Unsicherheit. Das Angebot der französischen Cogema, deutsche Brennelemente ab 1999 in La Hague aufzuarbeiten, ist schneller verfügbar und deutlich günstiger. Damit entfällt aus Sicht der Energieversorgungsunternehmen die wirtschaftliche Notwendigkeit einer eigenen deutschen Wiederaufarbeitungsanlage. Die Entscheidung bereitet den offiziellen Baustopp am 31. Mai 1989 vor.

3. Juni 1989 – Letzte große Anti-WAA-Kundgebung in München

München-Graggenau * Auf dem Odeonsplatz findet wenige Tage nach dem Baustopp die letzte große Münchner Anti-WAA-Kundgebung statt. Bürgerinitiativen, Umweltverbände und langjährige Aktivisten feiern das Ende des Projekts in Wackersdorf. Zugleich warnen die Teilnehmer davor, das Problem lediglich ins Ausland zu verlagern. Der Protest richtet sich deshalb auch gegen die geplante Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente im französischen La Hague und im britischen Sellafield. Die Kundgebung verbindet Siegesfeier und Forderung nach einem grundsätzlichen Ausstieg aus der Atomenergie.

6. Juni 1989 – Deutsch-französische Vereinbarung besiegelt das WAA-Aus

Bonn - Paris - La Hague * Bundesumweltminister Klaus Töpfer und der französische Industrieminister Roger Fauroux vereinbaren, abgebrannte Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken künftig in der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague behandeln zu lassen. Gleichzeitig erkennt die Bundesregierung die Wiederaufarbeitung im Ausland als gleichwertigen Entsorgungsnachweis an. Damit entfällt die rechtliche und energiepolitische Begründung für eine eigene deutsche Wiederaufarbeitungsanlage. Sechs Tage nach dem Baustopp ist das Ende der WAA Wackersdorf nun auch bundespolitisch besiegelt.

13. Juni 2026 – Das Ludwig II.-Denkmal auf der Corneliusbrücke wird eingeweiht

München-Au - München-Isarvorstadt * Das König Ludwig II.-Denkmal im Rosengarten der Corneliusbrücke wird eingeweiht. Auf der Bastion wird aus einem Teil der vorhandenen Naturstein-Elemente des ursprünglichen Denkmals eine romantische Ruine realisiert. Darin steht anstelle der über drei Meter hohen Skulptur des Königs eine Nachbildung der Büste und des Oberkörpers. Verwendung für das Märchenkönig-Denkmal finden die Stufen der einstigen Nische und der Podestbereich des ursprünglichen Denkmals. Auch die Rückwand der



ehemaligen Nische wird in Brüstungshöhe wieder aufgebaut. Ebenso die sechs Einzelpostamente mit Säulenfragmenten bis zu einer Höhe von 2,50 Metern. Auf dem ehemaligen Abschluss-stein thront eine Nachbildung der Büste. Der technikbegeisterte König blickt heute nicht mehr auf seine geliebten Berge, sondern direkt auf das Deutsche Museum.
